

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2004

Abgeschlossen am 7. Oktober 2004. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Mitgliedstaaten der WTO einigen sich, die "Doha-Runde" bis 2006 abzuschließen. – Hohe Haushaltsdefizite einiger EU-Länder schaffen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch institutionelle Probleme. Nach einem Urteil des EuGH wird die Aussetzung des Verfahrens wegen übermäßigen Defizits gegen Deutschland und Frankreich für nichtig erklärt. Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Diskussionsvorschlag für die künftige Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bei Überschreitung der Defizitgrenzen nach dem Maastricht-Vertrag. Die revidierten Daten laut Eurostat weisen für Griechenland 2003 ein Defizit von 4,6% des BIP aus.

1. Juli: Die Niederlande übernehmen den Vorsitz des Europäischen Rates.

9. Juli: Der deutsche Bundesrat beschließt die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige. Am 1. Jänner 2005 tritt an die Stelle der Arbeitslosenhilfe das "Arbeitslosengeld II". Die "Hartz-IV-Gesetze" bringen eine Kürzung der Unterstützung für Langzeitarbeitslose – auch durch die Einbeziehung der persönlichen Vermögenslage – und erhöhen den Druck zur Annahme von Arbeit durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen. Damit tritt an die Stelle eines Versicherungsanspruchs eine Leistung bei Bedürftigkeit zur Deckung des Lebensunterhaltes.

13. Juli: Der EuGH erklärt die Schlussfolgerungen des Ecofin-Rates vom 25. November 2003 für nichtig. Der Rat hatte gegen die Vorgaben der Kommission die Aussetzung des Verfahrens wegen übermäßigen Haushaltsdefizits gegen Deutschland und Frankreich beschlossen¹⁾.

23. Juli: Die Konzernleitung von DaimlerChrysler vereinbart mit dem Betriebsrat eine Senkung der Arbeitskosten um rund 500 Mio. € pro Jahr zur Standortsicherung in Deutschland. Im Gegenzug wird eine Beschäftigungssicherung für über 6.000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2012 an den deutschen Standorten festgelegt. Im Vorjahr betrug der Konzerngewinn 5,7 Mrd. €.

1. August: 147 Mitgliedstaaten der WTO einigen sich auf ein "Work Programme" zum Abschluss der laufenden "Doha-Runde". Die Welthandelsrunde, die bis 2006 (ursprünglich bis 2005) abgeschlossen werden soll, umfasst folgende Verhandlungspunkte:

- Landwirtschaft: Die Exportsubventionen der "reichen" Länder sollen abgeschafft werden, um den Produkten aus Entwicklungsländern den Zugang zum Weltmarkt zu erleichtern. Die EU fordert die USA auf, ihre Exportkredite einzuschränken.
- Marktzugang: Eine Zollsenkung, welche die höchsten Zölle am stärksten verringert, soll den Marktzugang für alle Agrarexporteure verbessern. Die Industrieländer wollen weiterhin den Handel mit "sensiblen Produkten" davon ausnehmen. Die Festlegung dieser Produkte wird Inhalt der kommenden Verhandlungen sein.

¹⁾ Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2004", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(4), S. 273-275, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24985.

Ausland

Vorsitz des
Europäischen Rates

Deutschland:
Hartz-IV-Gesetze

EU: Defizitverfahren

DaimlerChrysler:
Arbeitskostensenkung

WTO: Doha-Runde

- **Direkthilfen:** Die Zuwendungen an Bauern (bisher höchstens 5% der Gesamtproduktion) sollen weiter gesenkt werden. Auch die Ausgleichszahlungen zur Verringerung der Produktion sollen gekürzt werden. Die mit fast 4 Mrd. \$ subventionierte Baumwollgewinnung in den USA soll zügig reduziert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der westafrikanischen Länder zu steigern.

Die Industriestaaten fordern im Gegenzug eine stärkere Öffnung der Märkte für Industriegüter und Dienstleistungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Von den ursprünglichen "Singapore Issues" ("Handel und Investitionen", "Handel und Wettbewerb", "Öffentliches Beschaffungswesen", "Handelserleichterungen") wird nur der letzte Punkt übernommen. Eine Reform des Streitschlichtungsverfahrens wird beschlossen.

USA: Leitzinsen

10. August: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 1,5%, die Discount Rate 2,5%.

EU: Kommissionsmitglieder

12. August: Der designierte Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, stellt die 24 nominierten Kommissionsmitglieder vor (http://www.euro-pa.eu.int/comm/commissioners/newcomm_en.htm). Sie werden ihr Amt am 1. November antreten.

EU: Stabilitäts- und Wachstumspakt

3. September: Als Grundlage für die weitere Debatte über die künftige Auslegung bei Überschreitung der Defizitgrenzen durch Länder der Währungsunion verabschiedet die Europäische Kommission eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament zur "Stärkung der Economic Governance und Klärung der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts" ([KOM\(2004\) 581 endgültig](#)). So soll in der Beurteilung der Länder künftig mehr Gewicht auf die Konjunkturentwicklung und die Erhaltung der langfristigen Tragfähigkeit gelegt werden.

Die Neufokussierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts umfasst 4 Komponenten:

- Schuldenstand und langfristige Tragfähigkeit sollen bei der Überwachung der Haushaltspositionen stärker beachtet werden.
- Länderspezifische Gegebenheiten sollen bei der Definition des mittelfristigen Ziels eines "nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses" mit berücksichtigt werden.
- Auch bei der Anwendung des Verfahrens bei übermäßigem Defizit sollen länderspezifische Gegebenheiten und Entwicklungen stärker zum Tragen kommen:
 - Die Klausel über "besondere Umstände" im Zusammenhang mit hartnäckigen Wachstumsschwächen wird ausgeweitet.
 - Für die Korrektur übermäßiger Defizite soll den Ländern mehr Spielraum eingeräumt werden (Anpassungspfad).
- Auf eine unangemessene Entwicklung des Staatshaushalts soll frühzeitig mit entsprechenden Maßnahmen reagiert werden (symmetrische Politik, Überschüsse in der Hochkonjunktur).

Weltenergierat

5.-9. September: Der 19. Kongress des Weltenergierates (<http://www.worldenergy.org/wec-geis/>) tagt in Sydney. In den nächsten 30 Jahren wird eine Steigerung der Energienachfrage um 55% erwartet. Unsicher ist die Versorgung mit Erdöl, deshalb ist mit stärkeren Preisschwankungen zu rechnen. Der einfach zu fördernde und regional verteilte Energieträger Kohle stellt die Gesellschaft vor das Problem der Emission von Treibhausgasen. Erdgas wird an Bedeutung gewinnen. Erneuerbare Energien haben nur eine ergänzende Bedeutung im Energie-Mix. Eine Stärkung des Gewichts von Kernenergie sei zu erwägen.

Frankreich: Plan für den sozialen Zusammenhalt

15. September: Dem französischen Ministerrat wird ein "Plan für den sozialen Zusammenhalt" vorgelegt. Darin fordert Beschäftigungsminister Jean-Louis Borloo 13 Mrd. € bis 2007 zur Verbesserung der Beschäftigung, der Wohnverhältnisse und der Chancengleichheit. Zur Beschäftigung und Ausbildung von Langzeitarbeitslosen sollen 1 Mio. Beschäftigungsverhältnisse neuer Form entstehen. Die Zunahme der Lehrlingsverträge würde durch finanzielle Anreize auf 500.000 pro Jahr verdoppelt. Der Bau von 500.000 Sozialwohnungen und das Einbeziehen von 100.000 leerstehen-

den Wohnungen in den Mietmarkt sollen der akuten Wohnungsnot entgegenwirken. Zusätzliche Schulen und Erziehungseinrichtungen könnten in benachteiligten Stadtvierteln die Bekämpfung von Rassismus und die Verbesserung der Chancengleichheit unterstützen.

21. September: Zum dritten Mal seit Jahresbeginn erhöht die Notenbank der USA die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 1,75%, die Discount Rate 2,75%.

23. September: Eurostat korrigiert die Daten zu Verschuldung und Defizit der EU-Länder. Demnach weist Griechenland 2003 ein Defizit von 4,6% des BIP auf (ursprünglich wurde ein Defizit von 1,7% gemeldet), die Verschuldung beträgt 109,9% (ursprünglich 102,4%). Die für die Vorjahre angegebenen Defizitzahlen erhöhten sich jeweils um 2 Prozentpunkte.

USA: Leitzinsen
EU: Verschuldung Griechenland

Der Gesetzesentwurf zur Pensionsharmonisierung liegt dem Parlament zur Begutachtung vor. Trotz vieler offener Punkte soll das Gesetz mit Jahresbeginn 2005 in Kraft treten. Ein Reformkonzept über das Gesundheitssystem wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Privatisierungsversuche von Telekom Austria und VA TECH scheitern.

Österreich

1. Juli: Das Familienpaket tritt in Kraft²⁾. Es sieht eine Steuerentlastung für Familien durch Kinderzuschläge zum Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag sowie eine Anhebung der Zuverdienstgrenzen für den Alleinverdienerabsetzbetrag vor.

12. Juli: Die Bundesregierung stellt das Konzept zur Pensionsharmonisierung vor. Nach 45 Pensionsversicherungsjahren sollen demnach alle Versicherten im Alter von 65 Jahren eine Pension von 80% des jährlichen Lebensdurchschnittseinkommens erhalten. Für jeden Versicherten wird ein Pensionskonto eingerichtet, das die Versicherungszeiten und Beitragsgrundlagen ausweist.

23. Juli: Die OMV erwirbt 51% der Anteile an der rumänischen Mineralöl- und Gasgesellschaft SNP Petrom. Mit 600 Tankstellen, 2 Raffinerien und 59.000 Beschäftigten ist SNP Petrom der größte Energieproduzent und -verteiler in Rumänien.

4. August: Gesundheitsministerin Rauch-Kallat stellt das Reformkonzept für das österreichische Gesundheitssystem, den "Österreichischen Strukturplan Gesundheit" (ÖSG), vor. Gesundheitsagenturen auf Länderebene sollen die Koordination von Bund, Ländern und Sozialversicherung steuern. Eine Bundesgesundheitsagentur soll dazu verbindliche Leitlinien und Planungsgrundsätze festlegen.

1. September: Das Bundesgesetz zur Errichtung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH-Errichtungsgesetz – FFG-G, BGBl. I Nr. 73/2004) tritt in Kraft. BIT (Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation), ASA (Austrian Space Agency), FFF (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) und TIG (Technologie Impulse Gesellschaft) werden in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft zusammengeführt.

7. September: Das Gesetz zur Pensionsharmonisierung wird dem Parlament zur Begutachtung vorgelegt. Die Begutachtungsfrist endet mit 8. Oktober, das Gesetz soll am 1. Jänner 2005 in Kraft treten.

17. September: Die ÖIAG wird ermächtigt, im Sinne der Wahrung der Einheit des Unternehmens sowie zur Schaffung österreichischer Kernaktionärsstrukturen an der geplanten Kapitalerhöhung der VA TECH teilzunehmen; dies ermöglicht der VA TECH eine Kapitalerhöhung um 150 Mio. €. Gleichzeitig wird die ÖIAG am Privatisierungskurs der Bundesregierung für die VA TECH festgehalten. Vorausgegangen waren Übernahmestrebungen der Siemens AG. Ein Aktientausch von 25% der Telekom Austria Aktien gegen 11% der Swisscom Aktien war Mitte August gescheitert.

Familienpaket
Pensionsharmonisierung
OMV
Gesundheitsreform
Forschungsförderung
Pensionsharmonisierung
ÖIAG-Privatisierung

²⁾ Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2004", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(4), S. 273-275, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract.type?p_language=1&pubid=24985.